



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT  
IN BRASILIEN

RIO DE JANEIRO, den 25. Januar 1954  
POSTFACH 744

BETRIFFT: HIESIGE No. VI.1-36 I/7  
DORTIGE No.

Politischer Bericht Nr 1

Brasilien - Handel mit dem Osten  
und Beziehungen zu den U.S.A.

Herr Bundesrat,

Es sind jetzt bald 2 Jahre her, dass im brasilianischen Aussenministerium (Itamaraty) der Plan entstand, dem Handel mit den russischen Satellitenlaendern staerkere Aufmerksamkeit zu schenken und zu diesem Zweck in Zuerich ein offizielles Handelskontor zu eroeffnen, das zunaechst einmal neue Absatzmoeglichkeiten fuer die brasilianischen sogenannten "produtos gravosos" im euro-paeischen Osten suchen sollte. (Produtos gravosos werden hier alle jene Erzeugnisse der Land- und Viehwirtschaft genannt, die nicht wie die brasilianischen Hauptprodukte Kaffee, Kakao, Tabak und Baumwolle im Termingeschaeft an den Weltboersen gehandelt werden und wegen ihrer hohen Produktionskosten und teilweise schlechter Qualitaet im Ausland nur schwer oder gar nicht verkaeflich sind). In der beabsichtigten Form ist dieser Plan, dessen Problematik von vornherein auf der Hand lag, bis jetzt nie zur Aus-fuehrung gekommen, dagegen sind die brasilianischen Versu-che, im Machtbereich der Sovjets neue Kunden zu gewinnen, seitdem zum Teil aus andern Motiven heraus nie mehr ab-gerissen. Die Studienreise, welche der fruehere Chef der Wirtschaftsabteilung des Itamaraty, Ministro João Alberto Lins de Barros, letzten Sommer in Europa durchfuehrte, war

An den Chef  
des Eidgenoessischen Politischen Departements,  
B e r n

TELEGRAMMADRESSE: SWISSELEGAT



zu einem guten Teil diesem Zweck gewidmet. Nach João Albertos Rueckkehr nach Rio im Spaetherbst wurde in der brasilianischen Hauptstadt bekannt, es sei ein Handelsvertrag mit Ungarn in Vorbereitung, dem bald solche mit der Tschechoslowakei und Polen folgen duerften. In der Zwischenzeit hat man aber von solchen Vertraegen oder Verhandlungen in dieser Richtung nichts mehr gehoert, woraus aber nicht geschlossen werden darf, dass das Thema ad acta gelegt worden ist.

Im Gegenteil. Der vollstaendige Wechsel, den Praesident Vargas im letzten Sommer mit seinem zivilen Kabinett vornahm, hat Maenner an die Spitze gebracht, die ausgesprochener als ihre Vorgaenger gesonnen scheinen, die Hegemonie der Vereinigten Staaten im brasilianischen Aussenhandel, wie auch in seinem industriellen Aufbau nicht mehr als ein fait accompli hinzunehmen, sondern nach Ausweichsmoeglichkeiten und Gegengewichten Ausschau zu halten. Dr. Vicente Ráo, der neue Aussenminister, ist seiner Abstammung nach ein hundertprozentiger Italiener und in seinem Denken und Fuehlen weit staerker nach Europa orientiert als sein Vorgaenger Neves da Fontoura, von dem man immer hoerte, er sei dem Praesidenten Vargas zu amerikanophil. In den wenigen Reden, mit denen Dr. Ráo bis jetzt an die Oeffentlichkeit getreten ist, zeigt sich eine neue Tendenz zur wirtschaftlichen Unabhaengigkeit, insbesondere zur Emanzipation von Bindungen, die man bis jetzt in Washington fuer selbstverstaendlich und garantiert hingenommen hat. Die wiederholten Ausfaelle des neuen Finanzministers, Oswaldo Aranha, gegen die grossen amerikanischen Industriegesellschaften und public utilities, die in Brasilien arbeiten und denen er exzessive Gewinne auf Kosten des brasilianischen Volkés vorwirft, liegen in derselben Richtung. Seit einigen Monaten macht sich in allen oeffentlichen

Kundgebungen der brasilianischen Regierungsmaenner unverkennbar "his master's voice" geltend, die Stimme des Praesidenten Vargas, dessen Arbeiterpartei dem Dollarkapitalismus stets mit starker Skepsis gegenueber gestanden hat. Brasilien steht dieses Jahr wieder vor einer teilweisen Erneuerung seines Parlaments, wie auch vor der Neuwahl einiger der stets sehr einflussreichen Gouverneure, und da ist es nicht verwunderlich, wenn Schlagworte, die dem Instinkt der grossen ungebildeten Massen schmeicheln, wieder an die Oberflaeche kommen.

Wie mir von hoeheren Funktionaeren des Itamaraty bestaetigt wird, ist das Kopfzerbrechen ueber die Gefahren der amerikanischen Wirtschaftshegemonie infolge verschiedener Vorgaenge der allerjuengsten Zeit in ein akutes Stadium getreten. Diese Vorgaenge haben offenbar dem Praesidenten und seinen massgebenden Mitarbeitern gezeigt, dass im Verkehr mit der fuehrenden Macht im Norden der stets freundschaftliche und entgegenkommende Ton nicht unbedingt der allein erfolgreiche zu sein braucht. Vor allem hat die Entwicklung in Argentinien seit der bekannten Goodwill tour Milton Eisenhowers hier nachdenklich gestimmt. Bekanntlich haben Peron und seine Presse seit Jahren nichts unterlassen, die Beziehungen zu Washington bis zum Brechpunkt zu belasten und die amerikanische Kontinentalpolitik wo immer moeglich zu durchkreuzen. Einer der letzten Seitenspruenge des argentinischen Diktators, mit dem er seine voellige Gleichgueltigkeit gegenueber den Tendenzen Washingtons zeigen wollte, war die Entsendung einer Handelsvertragsdelegation nach Moskau, die als erstes Ergebnis Abmachungen ueber einen massiven Austausch argentinischer Agrarprodukte gegen russisches Petroleum nach Hause brachte. Nach dem ganzen Leidensweg der Beziehungen zwischen Buenos Aires und Washington hat es nun genuegt, dass Peron dem Bruder des Praesidenten Eisenhower einen ueberaus lie-

benswuerdigen Empfang bereitete, damit sich das grosse Dollar-Portemonnaie den Argentinern wieder oeffnete. Das Laecheln der Primadonna, die uebrigens nach der Auffassung des hiesigen amerikanischen Botschafters nur Geld will, um nachher wieder aus der Reihe zu tanzen, hat scheinbar genuegt, um in Washington einen Umschwung herbeizufuehren, fuer den man hier durchaus kein Verstaendnis aufbringt. Die amerikanischen Petroleumkredite an Argentinien werden in der brasilianischen Hauptstadt nicht nach ihrer realpolitischen Bedeutung gewertet, sondern rein stimmungsmaessig als Ohrfeige empfunden, die um so tiefer im Fleisch sitzt als ja das brasilianische Parlament durch seine stur-nationalistische Petroleum-Politik selbst daran schuld ist, dass die laengst angebotenen amerikanischen Gelder nicht hierher geflossen sind, um die nationalen Oelquellen zu erschliessen. Die ganze brasilianische Petroleum-Debatte haette einen andern Verlauf genommen, wenn sie unter dem Zeichen des argentinischen Beispiels gestanden haette.

Ein anderer Fall, der hier die Gemueter beschaeftigt, ist derjenige von Guatemala, wo die schweren Gegensatze, welche die Regierung durch ihr Vorgehen gegen die rein amerikanische United Fruit Co mit Washington heraufbeschworen hat, drohen weitere Kreise zu ziehen. Das Itamaraty ist nicht davon ueberzeugt, dass die Enteignungsmassnahme der Regierung von Guatemala in erster Linie Auswuchs der feindseligen Einstellung eines kommunistisch inspirierten Regimes ist, wie man es in Washington darstellt, man neigt eher zur Auffassung, dass ein solches Vorgehen notwendig war, um ein kleines Land von den veralteten Privilegien eines auslaendischen Unternehmens zu befreien, dessen Allmacht immer mehr als ernstliche Beeintraechtigung der staatlichen Souveraenitaet empfunden wurde. Washington soll zur Zeit versuchen, eine diplomatische

Pression auszuueben, um Guatemala von der Teilnahme an der panamerikanischen Konferenz in Caracas auszuschliessen, was nach brasilianischer Auffassung nicht im Interesse der kontinentalen Harmonie waere. Das Itamaraty hofft, dass die Vereinigten Staaten Guatemala gegenueber, zu dessen Regierung man hier sonst keine besondere Sympathie empfindet, keinen Fehler begehen, der angesichts der notorischen Empfindlichkeit Lateinamerikas sofort dem stark links orientierten kleinen Land, im Zeichen der Verteidigung der "Hispanidad", einen maechtigen Block von Bundesgenossen zufuehren wuerde.

Zu welchen unangenehmen Begleiterscheinungen Brasiliens wirtschaftliche Abhaengigkeit von den Vereinigten Staaten fuehren kann, zeigt sich auch zu Beginn dieses Jahres in der fast feindschaftlich erregten Presse-Diskussion ueber die Gruende der Kaffee-Hausse, von der die amerikanische Hausfrau besonders scharf betroffen wird. 90% des brasilianischen Kaffees gehen nach den Vereinigten Staaten und es ist bekannt, dass das staendige Steigen des Kaffeepreises (seit 1949 um 250%) bei amerikanischen Konsumenten und Politikern immer wieder zu Ausfaellen gegen Brasilien gefuehrt hat, die hier sehr ungnaedig aufgenommen worden sind. Es ist ja leicht mit diesem Problem Demagogie zu treiben. Uncle Sam opfert alljaehrlich ungezaehlte Millionen Dollars zugunsten Brasiliens, im Punkt 4 Programm und durch andere Kanale, und die brasilianischen Kaffeeproduzenten machen sich scheinbar gar kein Gewissen daraus, dem amerikanischen Konsumenten jedes Jahr noch mehr Dollars in Form von Kaffeegewinnen abzunehmen. Die brasilianischen Kaffee-Exporte nach U.S.A. haben schon laengst den Jahresbetrag von 1 Milliarde Dollars ueberschritten. Irgendwelche Massnahmen Washingtons zur Einschraenkung des Kaffeekonsums (die uebrigens sehr unwahrscheinlich sind) oder eine Reglementierung des Kaffeepreises wuerden auf die gesamte brasilianische Wirtschaft die schwersten Rueckwirkungen ausueben. Der

Kaffeepreis kann noch lange der neuralgische Punkt in den brasilianisch-amerikanischen Beziehungen sein.

Die geschilderten Ereignisse und Zusammenhaenge geben jenen Elementen Auftrieb, die in der einseitigen Praeponderanz amerikanischer Einfluesse im brasilianischen Wirtschaftsleben eine schwere latente Gefahr fuer ihr Land erblicken. Der immer staerker werdende Ruf nach dem Ausbau neuer Handelsbeziehungen, insbesondere mit Europa, ist organisch zu sehr berechtigt, als dass er nur als Ausdruck einer momentanen Stimmung gewertet werden darf. Wenn sich das brasilianische Finanzministerium und der Banco do Brasil trotz ihrer grundsaeztlich bilateralen Einstellung im Aussenhandel den schweizerischen Exportinteressen gegenueber bis jetzt so grosszuegig gezeigt haben und bedeutend mehr Produkte unserer Industrie zulassen, als wir Brasilien abnehmen, so haengt diese Ausnahmebehandlung nicht zuletzt auch mit dem Beduerfnis zusammen, gegenueber der nordamerikanischen Vorherrschaft in der Versorgung Brasiliens mit Qualitaetsprodukten Ausweichsmoeglichkeiten zu suchen und zu schaffen.

Was aber die Auffindung neuer Absatzgebiete betrifft, welches Thema hier so aktuell geworden ist, so ist zwischen dem aus theoretischer Erkenntnis entstandenen Willen und der tatsaechlichen Durchfuehrung ein sehr weiter Schritt. Ein hoeherer Beamter des Itamaraty aeusserte mir gegenueber die Auffassung, alle Bemuehungen Minister João Albertos, mit den Satellitenstaaten oder gar Russland zu einem Warenabkommen zu gelangen, das ueber einen Scheinvertrag hinausgeht, seien von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn Brasilien koenne heute und noch auf lange Zeit hinaus nichts liefern, was diese Laender wirklich interessiere. Brasiliens Export besteht naemlich zu 4/5 aus Kaffee, Kakao und Tabak, also alles Produkten, die in der primitiven, staatlich gelenkten kommunistischen Wirtschaft gar nicht oder doch hoechstens in negligiblen Quantitaeten ge-

braucht werden. Wie also sollte Brasilien Bezuege aus diesen Laendern bezahlen koennen, wo schon eine so differenzierte Volkswirtschaft wie die schweizerische die groesste Muehe hat, in Brasilien Gegenlieferungen fuer ihre Exporte zu finden. Die auffallende Einseitigkeit der brasilianischen Produktion beschraenkt die handelspolitische Aktionsfaehigkeit des Landes auf der ganzen Linie. Wie fatal sich diese Zusammenhaenge auswirken koennen, zeigt heute der Umstand, dass die brasilianische Regierung so weit geht, durch finnische und tuerkische Vermittlung russischen Weizen zu kaufen, den sie nur mit nordamerikanischen Dollars bezahlen kann.

Es ist demnach vorauszusehen, dass trotz allen Programmreden brasilianischer Politiker ueber verstaerkten Handel mit dem Osten die strukturellen Schattenseiten der brasilianischen Aussenhandelswirtschaft nicht so bald ausgemerzt werden koennen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

